

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Sevim Dağdelen,  
Kersten Naumann, Petra Pau und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 16/10225 –**

### **Freibund/Bund Heimattreue Jugend e. V.**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Der Freibund e. V. ist eine Organisation aus dem Spektrum der bündischen Jugend mit Verbindungen ins Lager der so genannten Neuen Rechten. Gegründet unter dem Namen „Bund Heimattreue Jugend e. V.“ stand der Verein seit seiner Gründung 1958 der extremen Rechten nahe, von der man sich Ende der 80er Jahre mit der Umbenennung in BHJ – Freibund e. V. stärker distanzierte. Dennoch attestieren Experten dem Freibund weiterhin eine völkische Ausrichtung, womit er die Funktion einer jugendkulturellen, vopolitischen Organisation im rechten Spektrum habe.

1. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über den „Freibund/Bund Heimattreuer Jugend e. V.“?
2. Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Zusammenarbeit von „Freibund/Bund Heimattreuer Jugend e. V.“ und der „Heimattreuen Deutschen Jugend“?
3. Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Freibund auch Ende der 90er Jahre noch mit Holocaustleugnern zusammen gearbeitet hat bzw. diese als Referenten für seine Lager einlud, und wenn ja, wie beurteilt sie das?
4. Steht der „Freibund/Bund Heimattreuer Jugend e. V.“ unter Beobachtung des Bundesamts für Verfassungsschutz oder einzelner Landesbehörden?
5. Wird der „Freibund/Bund Heimattreuer Jugend e. V.“ als gemeinnütziger Verein durch öffentliche Gelder gefördert?
6. Hat die Bundesregierung Erkenntnisse über die Zusammenarbeit des „Freibund/Bund Heimattreuer Jugend e. V.“ mit Gruppen der extremen Rechten im europäischen Ausland, wie der Burschenschaft Olympia aus Österreich oder dem Vlaams Nationale Jeugdverbond aus Belgien?

Die Fragen 1 bis 6 werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet:

Der Bund Heimattreue Jugend – Freibund e. V. (BHJ) fand zuletzt im Jahr 1986 im Verfassungsschutzbericht des damaligen Bundesministers des Innern Erwähnung. Aktuelle Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.